

DIENSTAG, 5. MÄRZ 2013

Seegrörni Leserbilder vom letzten Zufrieren des Bodensees, das Anfang März 1963 zu Ende ging. **Region Seite 19**

Historische Ärzteromane Das Flaachtal und dessen Ärzte sind prominent vertreten in zwei Romanen. **Weinland Seite 23**

Region **15**
Schaffhauser Nachrichten

Gestern im Rat

Vorsitz Richard Bühner (SP, Thayngen)

► Das Parlament hat das Programm zur **Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3)** weiter beraten.

► Die Beiträge des Kantons an die Landeskirchen sollen statt um eine Million Franken nur um **400 000 Franken gekürzt** werden.

► Die Beiträge des Kantons an Musikschulen sollen **nicht gekürzt** und bei 27,5 Prozent bleiben.

► Die Änderungen beim **Schulgesetz** (Kürzung der Beiträge bei kieferorthopädischen Behandlungen) und beim **Justizgesetz** (Erhöhung der Minimalgebühr bei Strafbefehlen) wurden in erster Lesung beraten.

Ernst Landolt in den Senkel gestellt

Arg in die Nesseln gesetzt hat sich Regierungsrat Ernst Landolt (SVP). Vorletzte Woche hatte er stellvertretend für die krankheitshalber abwesende Amts- und Parteikollegin Rosmarie Widmer Gysel den Medien mitgeteilt, dass bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft neue Stellen geschaffen würden. Dies, obwohl der Kanton tiefrote Zahlen schreibt und mit dem Entlastungsprogramm ESH3 beschäftigt ist.

Diese Äusserungen führten gestern im Rat zu geharnischten Reaktionen. «ESH3 lässt die Leute nicht kalt. Doch mitten in diesem Prozess kündigt die Regierung 20 bis 30 Polizeistellen und 2 bis 10 neue Stellen bei der Staatsanwaltschaft an», sagte **Werner Bächtold** (SP, Schaffhausen). «Das kostet jährlich fünf bis sechs Millionen Franken. Und wir zermartern uns den Kopf darüber, wie wir das Linden-Forum retten könnten, das 95 000 Franken pro Jahr kostet.» Dieses Vorhaben stehe extrem schräg in der Landschaft.

Dann verlangte die wieder genebene Finanzdirektorin Widmer Gysel das Wort – und gab Entwarnung: «Diese Zahlen entbehren jeder Grundlage. Es ist ein Missgeschick, dass diese Zahlen geäussert wurden. Vergessen Sie sie.» Einer aber blieb ganz still: Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt. (zge)

Sätze zur Situation

Florian Keller

«Ich habe nicht die Absicht, sie einzuschüchtern mit meinen Zombie-Augen, aber ich bin heute Morgen so aufgewacht.»

Markus Müller

«Ich bitte Sie, die Emotionen etwas zurückzuhalten, trotz der vielen Zuschauer.»

Matthias Freivogel

«Heute würde man bei den Kirchen wohl von PCP sprechen: Public-Church-Partnership.»

Andreas Schnetzler

«Ich formuliere jetzt als Frischling in der ersten Lesung noch keinen Antrag.»

Christian Heydecker

«Den Staatssteuern kann ich mich leider nicht entziehen. Sonst müsste ich auf den Mars fliegen.»

Heinz Rether

«Gott sei Dank!» (Zwischenruf, als der Kirchenbeitrag nur um 400 000 Franken gekürzt wurde.)

Werner Bächtold

«Ich werde hier kein Lied singen – das kann ohnehin nur Erich Gysel –, aber ich werde der Regierung den Marsch blasen.»

Weniger stark sparen bei den Kirchen

Um eine Million wollte die Regierung die Staatsbeiträge an die Landeskirchen kürzen. Der Schaffhauser Kantonsrat hat sich weniger streng gezeigt. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen.

VON ZENO GEISSELER

4,1 Millionen Franken erhalten die Schaffhauser Landeskirchen bis jetzt jährlich vom Kanton. Weil der Kanton rote Zahlen schreibt, hat die Regierung vorgeschlagen, diesen Beitrag um eine Million zu kürzen.

Gestern war dieser Schnitt im Parlament traktandiert, und dies ist aus zwei Gründen interessant. Erstens ist die Kürzung einer der grösseren Einzelbeiträge, und zweitens ist der Kirchenbeitrag in einem Gesetz festgelegt und damit einer der wenigen Punkte des Entlastungsprogramms ESH3, über die das Parlament überhaupt entscheiden kann. Den Grossteil des 25-Millionen-Sparpakets kann die Regierung in Eigenregie durchsetzen, ohne Parlament oder Volk dazu zu befragen.

Gleich von Anfang an wurde deutlich, dass vor allem die linke Ratsseite diese Kürzung nicht einfach so hinnehmen würde. Dies war bemerkenswert, denn in der Vergangenheit war gerade die SP eine der grössten Gegnerinnen der Kirchen gewesen. «Die Haltung der SP hat sich geändert», sagte **Werner Bächtold** (SP, Schaffhausen). «Früher waren wir für eine Trennung von Staat und Kirche. Heute schätzen wir die Leistungen der Landeskirche ausserordentlich.» Die linken Vertreter führten zwei Hauptkritikpunkte ins Feld. Erstens, sagte Bächtold, habe die Regierung die Kürzung der Beiträge damit begründet, dass die Zahl der Kirchenmitglieder stark gesunken sei. «Genauso gut könnte man den Schulen die Budgets halbieren, weil sich die Schülerzahlen seit den Sechzigerjahren halbiert haben», sagte Bächtold. Und: «Auch der Staatshaushalt wächst nicht parallel zur Bevölkerungsentwicklung.» Es sei auch den Kirchen klar, dass sie ihren Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes leisten



In die Klingelbeutel der Landeskirchen sollen künftig weniger Staatsgelder fließen. Über die Höhe der Kürzung ist man sich aber nicht einig. Bild Selwyn Hoffmann

müssten, weshalb sie auch das Angebot gemacht hätten, 400 000 Franken zu sparen. «Doch», und nun kam der zweite Kritikpunkt der Linken, «die Regierung hat das nicht einmal diskutiert. Das ist unverständlich. Langjährige Partner stellt man nicht vor vollendete Tatsachen.» Deshalb stellte Bächtold den Antrag, das Gesetz zurück an die Regierung zu spedieren, mit dem Auftrag, mit den Kirchen zu verhandeln. Sonst werde das Gesetz

wohl vors Volk kommen mit dem Risiko, dass dieses jegliche Sparmassnahmen bei den Kirchen sogar gänzlich ablehne.

Finanzdirektorin **Rosmarie Widmer Gysel** konterte: «Zweifellos ist Reden miteinander immer gut. Wenn Sie jedoch ein Entlastungsprogramm von 25 Millionen Franken schnüren müssen und mit allen reden sollen, werden Sie nie zum Ziel kommen.» Jeder werde zahlreiche gute Gründe finden, wes-

halb gerade die Massnahme, die ihn betreffe, nicht möglich sei. «Es kann nicht sein, dass man mit der Kirche verhandelt, mit allen andern aber nicht», sagte Widmer Gysel weiter. «Es gibt keinen Anspruch darauf, dass staatliche Beiträge unverändert bleiben. Selbst wenn die Leistungen gesellschaftlich sehr wertvoll sind.»

Erfolg für die SP

Dann kam es zur Abstimmung. Nur um Haaresbreite wurde die Rückweisung abgelehnt, mit 27 Ja zu 29 Nein. Doch schon folgten weitere Anträge. **Andreas Frei** (SP, Stein am Rhein) verlangte, dass der Jahresbeitrag statt wie bis jetzt 4,1 Millionen neu noch 3,7 Millionen Franken betragen und jährlich an die Inflation angepasst werden solle – de facto also eine Kürzung um diejenigen 400 000 Franken, welche die Landeskirchen schon selbst angeboten hatten. Es sei ein Fehler, sagte Frei, bei den Kirchen und damit der Freiwilligenarbeit zu sparen, dies komme dem Staat langfristig sogar teurer. Er warnte weiter: «Wenn wir uns aus der Verantwortung zurückziehen, machen wir einen grossen Fehler. Andere Religionsgemeinschaften werden stärker werden, die dem Staat aber nicht verpflichtet sind.»

Dann begann sich die Ratsrechte zu recken. **Christian Ritzmann** (JSVP, Schaffhausen) stellte den Antrag, sogar noch mehr Geld einzusparen, nämlich den Kirchen jährlich noch 2,4 Millionen Franken auszubehalten, nicht indexiert. Die Kirchen könnten ja die Kirchensteuern erhöhen, so könne jeder selbst entscheiden, ob er diese höheren Steuern mittragen wolle oder nicht. **Christian Heydecker** (FDP, Schaffhausen) ergänzte, «wenn der Staat seine Leistungen kürzt, werden die Empfänger kreativ. Erst dann bemüht man sich, die Einnahmehausfälle zu kompensieren.» Die Kirchen könnten sich ja überlegen, statt für Dritte mal für sich selbst zu sammeln.

In der Abstimmung kam **Andreas Frei** mit seinem Antrag dann aber glatt durch, er fand sowohl gegen die Variante Radikalkürzung eine Mehrheit (29 zu 17 Stimmen) als auch gegen die ursprüngliche 1-Million-Kürzung (28 zu 23 Stimmen). Das Gesetz geht nun zurück in die Kommission und kommt dann für die zweite Lesung nochmals vor das Parlament.

Keine Kürzung bei Musikschulen

Der Kantonsrat beschloss, die Beiträge an Musikschulen bei 27,5 Prozent zu belassen.

VON ERWIN KÜNZI

Die Musikschulen erhalten heute vom Kanton Beiträge in Höhe von 27,5 Prozent der beitragsberechtigten Betriebskosten. In der Regel leisten die Gemeinden einen Beitrag in der gleichen Höhe. Im Rahmen des Sparpakets ESH3 schlug die Regierung vor, diesen Beitrag auf 20,5 Prozent zu senken, was Einsparungen von jährlich 275 000 Franken ergeben würde. Die vorbereitende Kommission des Kantonsrats übernahm diesen Antrag. Dieser löste in den betroffenen Kreisen einen Sturm der Entrüstung aus: Werde dem Sparantrag gefolgt, so müssten die Eltern anstatt 780 Franken pro Kind und Semester neu 1020 Franken bezahlen. Das würde es vielen Familien verunmöglichen, ihre Kinder in den Musikunterricht zu schicken, womit die Existenz der Musikschulen gefährdet wäre. Zudem handle die Regierung mit dieser Kürzung gegen den Volkswillen, denn im letzten Herbst sei der Verfassungsartikel über die musikalische Bildung im Kanton Schaffhausen mit einem JA-Anteil von fast 70 Prozent gutgeheis-

sen worden. So erstaunte es nicht, dass die Zuschauertribüne im Ratssaal bis auf den letzten Platz besetzt war, als diese Kürzung beraten wurde.

Positive Wirkung der Musik

Diese sei massiv, befand **Werner Bächtold** (SP, Schaffhausen); zudem sei sie vorgeschlagen worden, ohne dass die Musikschulen vorher konsultiert worden seien. Das Gesetz müsse an die Regierung zurück, und diese müsse Gespräche führen, bevor sie neue Vorschläge mache, beantragte Bächtold. Er habe eine noch bessere Lösung als die Zurückweisung, sagte **Urs Hunziker** (FDP, Schaffhausen): Er schlage vor, die Beiträge bei 27,5 Prozent zu belassen und damit auf die Kürzung zu verzichten. Er begründete den Antrag damit, dass die Kürzung quer in der Landschaft liege, denn wissenschaftliche Studien würden eindeutig den positiven Einfluss des Musikunterrichts auf Kinder belegen. Die Subventionierung habe sich bewährt, wolle man sie kürzen, wären die Elternbeiträge der Schaffhauser Musikschulen mit die höchsten in der Schweiz. Spa-

ren könne man bei denjenigen Musikschulen, deren Lehrkräfte nicht über die nötigen Diplome verfügten.

Daraufhin folgte ein grosses Bekenntnis zur Musik: «Soll im kleinen Paradies die Musik verstummen?», fragte **Rainer Schmidig** (EVP, Schaffhausen). «Der Musikunterricht ist Teil der Attraktivität des Kantons», sagte **Franziska Brenn** (SP, Neuhausen) und: «Bei dieser Kürzung mache ich nicht mit», meinte **Thomas Hurter** (SVP, Schaffhausen). Da hatten es die Befürworter schwer, so etwa **Christian Heydecker** (FDP, Schaffhausen). Er plädierte dafür, für den Musikunterricht auf anderes zu verzichten, aber «heute will jeder alles, und zwar möglichst gratis». Auch die Appelle von Regierungsrat **Christian Amsler** und Regierungspräsidentin **Rosmarie Widmer Gysel**, mit Zahlen und Statistiken untermauert, fruchteten wenig. Nachdem Bächtold seinen Rückweisanspruch zurückgezogen hatte, folgte der Kantonsrat mit 32 zu 20 Stimmen dem Antrag Hunziker und belies die Beiträge bei 27,5 Prozent. Mit diesem Resultat geht es jetzt in die zweite Lesung.

Kieferorthopädie und Justizgebühren

Im Rahmen des Sparpakets ESH3 hat der Kantonsrat gestern zwei weitere Gesetzesänderungen in 1. Lesung beraten. Beim Schulgesetz ging es darum, Beiträge des Kantons in Höhe von 70 000 Franken an kieferorthopädische Behandlungen bei Kindern zu streichen, nicht zuletzt, weil der administrative Aufwand im Verhältnis zu den Beiträgen zu gross sei. **Franziska Brenn** (SP, Neuhausen) stellte den Antrag, auf die Streichung zu verzichten, da weniger gut gestellte Familien auf die Beiträge angewiesen seien. In der Abstimmung unterlag sie mit 22 zu 32 Stimmen.

Es brauche keine Revision des Justizgesetzes, um die Minimalgebühr bei Strafbefehlen um 50 Franken zu erhöhen, erklärte **Matthias Freivogel** (SP, Schaffhausen) und stellte den Antrag, die Änderung an die vorbereitende Kommission zurückzuweisen. Nachdem Regierungsrat **Ernst Landolt** den Rat gemahnt hatte, er könne nicht auf Streichungen verzichten und gleichzeitig auch noch höhere Gebühren sein, stellte Freivogel klar, er sei nicht gegen eine Erhöhung, nur gegen eine Gesetzesrevision. Er zog seinen Antrag zurück. Beide Gesetzesrevisionen gehen jetzt in die 2. Lesung. (ek)